

EU brüskiert Juden, die Israel kritisieren

David Cronin, electronicintifada.net, 21. 01.21

Israel bei Laune zu halten, war schon immer das stillschweigende Ziel der Bemühungen der Europäischen Union, wenn es um die „Bekämpfung“ des Antisemitismus ging.

Diese Bemühungen begannen ernsthaft, nachdem die Ergebnisse einer Meinungsumfrage Ende 2003 durchgesickert waren. Diese Untersuchung ergab, dass Israel von fast 60 Prozent der Befragten als die größte Bedrohung für den Weltfrieden angesehen wurde.

Während Schinas und seine Kollegen die Gegner der Besatzung ausschließen, haben sie keine Schwierigkeiten damit, die Befürworter der Besatzung zu konsultieren. Wer den Tatbestand der Besatzung bestreitet, ist sogar willkommen.

Dieses Ergebnis hätte zu einer nüchternen Überlegung darüber führen können, warum die TeilnehmerInnen an der von der EU geförderten Erhebung diese Ansicht vertraten. Anstatt sich auf solche Fragen einzulassen, akzeptierte die Brüsseler Bürokratie die Behauptungen von Unterstützern Israels, dass die Umfrage ein Beweis für weit verbreitete Feindseligkeit gegenüber Juden sei.

Die Europäische Kommission, die Exekutive der EU, setzte schnell eine Konferenz über die damit verbundenen Fragen für Anfang 2004 an.

Natan Sharansky, damals ein Minister in der israelischen Regierung, war unter den Eingeladenen. In seiner Rede erklärte er, es gebe eine „feine Trennlinie“ zwischen akzeptabler Kritik an Israel und Antisemitismus. Israel und sein Netzwerk von Lobbyisten haben daraufhin versucht, diese Trennlinie noch feiner zu ziehen. Die Hauptwaffe in ihrem Arsenal ist eine Definition von Antisemitismus, die nahelegt, dass eine starke Abneigung gegen Israels Politik lediglich einen Hass auf Juden tarne.

Eine Ausrede

In unterschiedlichem Ausmaß hat die EU Israel und seinen Lobbyisten erlaubt, die Agenda in Sachen Antisemitismus zu bestimmen. Eine neue Ausrede, die der Europäischen Kommission dazu dient, zu verhindern, dass diese Agenda hinterfragt wird, wirkt verschleiern.

Im Jahr 2019 hat die Europäische Kommission eine Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus gegründet. Sie vereint pro-israelische Lobbyisten, Polizisten und Beamte aus den 27 Ländern der Europäischen Union. *European Jews for a Just Peace*, eine Organisation, die Israel gegenüber kritisch eingestellt ist, bat um die Teilnahme an der Arbeitsgruppe, wurde aber abgelehnt.

Tanja Fajon, ein slowenisches Mitglied des Europäischen Parlaments, reichte im Juli eine formelle Anfrage zu dieser Ablehnung ein. Mehr als sechs Monate später erhielt sie endlich eine Antwort von Margaritis Schinas, einem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission.

Schinas „verteidigte“ die Entscheidung, *European Jews for a Just Peace* auszuschließen, indem er behauptete, dass „die Arbeitsgruppe sich mit Antisemitismus und nicht mit außenpolitischen Fragen befasse.“ Er wies auf Kampagnen der *European Jews for a Just Peace* gegen Israels Besetzung der Westbank und des Gazastreifens hin. Während Schinas und seine Kollegen die Gegner der Besetzung ausschließen, haben sie keine Schwierigkeiten damit, die Befürworter der Besetzung zu konsultieren. Wer den Tatbestand der Besetzung bestreitet, ist sogar willkommen. *B'nai B'rith* gehört zu den Organisationen, die Israel unterstützen und die in die Arbeitsgruppe der EU aufgenommen wurden.

Im November applaudierte *B'nai B'rith* der Ankündigung der USA, Waren aus den israelischen Siedlungen in der Westbank als „made in Israel“ zu kennzeichnen. *B'nai B'rith* hatte zuvor die Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, als „israelisches Gebiet“ bezeichnet.

Einige Ungereimtheiten

Die von Schinas eingenommene Haltung ist zutiefst beunruhigend. Indem er nur bereit ist, Organisationen zu akzeptieren, die die Besetzung gutheißend oder verleugnen, betrachtet er Judentum als gleichbedeutend mit Israels Gewalttaten. Diese Sichtweise ist grundlegend antisemitisch. Außerdem missachtet er die Meinungsvielfalt unter Juden in Europa und darüber hinaus.

Schinas' Behauptung, die Arbeitsgruppe befasse sich nicht mit „außenpolitischen Fragen“, wird durch die Dokumente widerlegt, die die Gruppe über ihre Aktivitäten veröffentlicht hat.

Im Juni zum Beispiel hörten die Teilnehmer eine Präsentation des diplomatischen Dienstes der EU - ein Gremium, das sich ganz auf „außenpolitische Fragen“ konzentriert. Vera Jourova, eine weitere Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, nutzte dasselbe Treffen, um eine Warnung - die sie nicht begründete - über „Verschwörungsmythen und Online-Einmischung aus Drittländern, insbesondere Russland und China“ auszusprechen.

Die Arbeitsgruppe orientiert sich an der Definition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance*. Der erläuternde Text zur IHRA-Definition bezieht sich wiederholt auf Israel.

Israel ist zwar an vielen Aktivitäten der EU beteiligt, ist aber kein vollwertiges EU-Mitglied. Alles, was mit Israel zu tun hat, ist daher ein außenpolitisches Thema im strengen Sinne dieses Begriffs.

Im Gegensatz zu den Organisationen, die an der Arbeitsgruppe teilnehmen, hat sich *European Jews for a Just Peace* mit der IHRA-Definition und den Bestrebungen, Aussagen über Israel zu zensieren, auseinandergesetzt. Mit ziemlicher Sicherheit ist das der Grund, warum *European Jews for a Just Peace* ausgeschlossen worden sind. Die EU-Koordinatorin gegen Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, leitet viele der Diskussionen in der Arbeitsgruppe.

Obwohl ihre offizielle Stellenbeschreibung Israel nicht erwähnt, überschritt sie ihr Mandat oft, ohne dass sie von der EU-Hierarchie zur Rechenschaft gezogen wurde.

Eine Anfrage zur Informationsfreiheit ergab, dass von Schnurbein seit ihrem Amtsantritt im Dezember 2015 Gespräche mit 17 Personen geführt hat, die von der EU als hochrangige Vertreter Israels angesehen werden.

Die Liste der 17 - unten veröffentlicht - umfasst Reuven Rivlin, Israels Präsident; Gilad Erdan, ein Politiker (und jetzt Diplomat), der in den vergangenen Jahren eine Verleumdungskampagne gegen Palästina-SolidaritätsaktivistInnen geleitet hat; und Naftali Bennett, ein rechter Hitzkopf, der eine unerbittliche Kolonisierung in der Westbank befürwortet.

Laut der Europäischen Kommission ging es bei von Schnurbeins Gesprächen mit ihnen ausschließlich um den Kampf gegen Antisemitismus in Europa und eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Staat Israel in diesem Zusammenhang.

„Mögliche Zusammenarbeit“ mit einer ausländischen Regierung ist sicherlich eine außenpolitische Angelegenheit im engeren Sinne.

Unter Beobachtung

Von Schnurbein hat in letzter Zeit für ein neues „Handbuch“ zur IHRA-Definition geworben. Das „Handbuch“ merkt wohlwollend an, dass mehrere EU-Länder die Definition anwenden, indem sie „in der Gesetzgebung für Hassverbrechen darauf verweisen“ und „eine Abteilung für Internetüberwachung innerhalb der Polizei einrichten.“

Wenn man zwischen den Zeilen liest, wird klar, dass Kommentare über Israel unter stärkere Überwachung gestellt werden.

Obwohl von der Europäischen Kommission herausgegeben, wurde das „Handbuch“ vom Bundesverband der Fachstellen für Antisemitismusforschung und -information in Deutschland verfasst. Dieser Verband betrachtet den Boykott Israels als antisemitisch.

Glücklicherweise bekommt die Pro-Israel-Lobby nicht alles, was sie will. Vergangenes Jahr entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass Aufrufe zum Boykott Israels eine freie Meinungsäußerung darstellen und als solche geschützt werden sollten. Dieses Urteil wurde in den vergangenen zwei Wochen von einem Gericht in Valencia, Spanien, bestätigt, das Vorwürfe des Antisemitismus gegen Aktivisten zurückwies, die einen amerikanischen Sänger dafür kritisierten, dass er Israels Kriegsverbrechen bejubelte.

Der ständige Versuch, es Israel recht zu machen, ist eine sinnlose Anstrengung. Egal, wie sehr sich die EU auf diese Praxis versteift, es wird immer Menschen geben, die ihre Stimme erheben.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/eu-snubs-jews-who-criticize-israel>